



Gewerkschaftsbündnis in Frankreich Renten: Es ist noch nicht vorbei!

Paris, den 14. April 2023 - Drei Monate lang haben Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Jugendlichen und Rentnerinnen und Rentnern mit zwölf branchenübergreifenden Streik- und Demonstrationstagen und einer Vielzahl von lokalen und sektoralen Aktionen ihre Ablehnung der Rentenreform der Regierung zum Ausdruck gebracht. Trotz des Beginns der Schulferien mobilisierten sich gestern erneut mehr als 1,5 Millionen Menschen, was ein weiteres Zeichen für die soziale und demokratische Krise ist, in der sich das Land befindet.

Heute hat der Verfassungsrat sechs Artikel des Gesetzes zensiert. Die wenigen Ambitionen, die es in Bezug auf die Beschäftigung älterer Menschen, das Recht auf Information, die Härteklause für Bedienstete im öffentlichen Dienst usw. enthielt, sind aus dem endgültigen Text verschwunden. Während der Gesetzestext zur Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters bereits ungerecht war, ist er von nun an noch unausgewogener.

Der Verfassungsrat lehnte auch den ersten Entwurf einer parlamentarischen Initiative zur Organisation eines Referendums mit geteilter Initiative (RIP) ab. Das Gewerkschaftsbündnis ruft ihn dazu auf, das zweite RIP zu validieren, um durch eine demokratische Befragung aus der Sackgasse herauszukommen. Die endgültige Stellungnahme wird am 3. Mai abgegeben. Dies ist eine völlig neue Situation, die umso mehr dazu aufruft, das Gesetz nicht anzuwenden.

Das Gewerkschaftsbündnis nimmt diese Entscheidungen zur Kenntnis. Es ist daher heute Aufgabe des Präsidenten der Republik, seine Verantwortung wahrzunehmen. Angesichts der massiven Ablehnung dieser Reform fordert das Gewerkschaftsbündnis ihn feierlich auf, das Gesetz

nicht zu verkünden, da dies das einzige Mittel ist, die Wut, die im Land zum Ausdruck kommt, zu besänftigen.

Es fordert das Parlament zu einer erneuten Beratung auf, wie in Artikel 10 der Verfassung vorgesehen, auf der Grundlage einer Debatte, die sich auf Arbeitsfragen konzentriert. Dies wäre eine Entscheidung der Weisheit und der Beruhigung der Situation.

Die Gewerkschaften haben zur Kenntnis genommen, dass der Präsident der Republik drei Monate lang nicht der Ansicht war, dass der Zustand des Landes ein Treffen erfordere, um Wege aus der Krise zu finden. Sie werden sich daher nicht auf eine politische Agenda einlassen, die ein eiliges Treffen vorsehen würde und auf deren Tagesordnung nicht die Rücknahme der Reform stünde. Da ihnen an einem qualitativ hochwertigen sozialen Dialog gelegen ist, beschließen sie, bis zum 1. Mai keine Treffen mit der Exekutive wahrzunehmen.

Das Gewerkschaftsbündnis unterstützt die begonnenen Aktionen und Streiks sowie die gewerkschaftsübergreifenden Initiativen vor Ort, die auf lokaler Ebene beschlossen werden. Das Gewerkschaftsbündnis ruft alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Jugendlichen und Rentnerinnen und Rentner auf, den 1. Mai 2023 zu einem Tag der außergewöhnlichen und breiten Mobilisierung gegen die Rentenreform und für soziale Gerechtigkeit zu machen. Eine solche einheitliche Mobilisierung der Gewerkschaften zu den Themen Arbeit und Renten ist in unserem Land historisch und zeigt, wie wichtig es ist, Antworten zu finden, die den sozialen und ökologischen Herausforderungen gerecht werden.

Das Gewerkschaftsbündnis wird am Montag, den 17. April, erneut zusammenkommen.

Übersetzung: Redaktion von Sand im Getriebe, <https://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite>